

ater
7 1/2
che
ssel
von
bet.
e
CAS
cher
cht
ner.
beand.
en,
estl.
Node
P
licht
30
ne
alen.
41
35
41
45

Bezugspreise:
Für Halle monatlich bei postweislicher
Lieferung 7,50 Mark, vierteljährlich
22,50 Mark, durch die Post monatlich
8,25 Mark, die halbjährlich 24,75 Mark
einschl. Anzeilungsgebühren. Be-
stellungen werden von allen Reichs-
postämtern angenommen. Im
entsprechenden Zeitungsverzeichnis unter
„Lokalzeitung“ eingetragen. Für
unverlangt eingegangene Manu-
skripte wird keine Gewähr über-
nommen. Nachdruck nur mit der
Genehmigung der „Saale-Zeitung“ ge-
statet. Ferner der Schriftleitung Nr.
1140, der Anzeigen-Abt. Nr. 1133
u. 1135, der Verlags-Abt. Nr. 1133.

Saale-Zeitung

Anzeigenpreise:
Die 5 Spaltenzeile 24 mm breite Milli-
meterzeile der deren Raum 60 Pf.,
sonst je nach Anzahl der Zeilen
die 2 mm breite Millimeterzeile
2,50 Mark. Anzeigen nehmen an
unserer Geschäftsstelle u. sämtlich
Anzeigenstellen. Erfüllungsamt
5 1/2 Pf. Einmalig 1/2 Pf. monatl.
Sonntags und Montags 1 mal.
Schriftleitung und Haupt-Ge-
schäftsstelle: Halle, Neue Dromo-
nade 1a. Gr. Bauhausstr. 17.
Verlags-Geschäftsstellen: Große
Poststraße 42 und Markt 24.
Verlags-Konze Leipzig Nr. 4009.

Die Teuerungszuschläge und die Gemeinden.

Von

Oberbürgermeister Dr. Küll, M. d. R.

Die Interessen der Gemeinden werden von dem gegen-
wärtig im Reichstag zur Verhandlung stehenden Gesetze über
die Erhebung der Teuerungszuschläge auf die Beamten ganz
wesentlich berührt. Bekanntlich soll nach diesem Gesetze der
größte Teil für alle Christlichen gleiche Prozentsatz des Teuerungszu-
schlages erhöht werden und zwar nach einer Staffel, die in
Dr. St. A mit 70 u. S. beginnt und mit 55 u. S. auf-
hört. Es ist selbstverständlich, daß diese Erhöhung der
Teuerungszuschläge für die Reichsbeamten dieselbe Maß-
nahme für die Beamten der Länder und der Gemeinden ganz
folgt haben muß, zumal der Reichstag selbst bei Verabschie-
dung des sogenannten Speergesetzes am 17. Dezember 1920
verlangt hat, daß die Gemeinden die Befolgung ihrer haupt-
sächlich angehenden Beamten und Lehrer so zu regeln haben,
daß sie grundsätzlich mit den Länderbevollmächtigten über-
einstimmen. Die Mittel, die durch Erhöhung der Teuerungszu-
schläge im Reiche bedingt werden, betragen sich auf
rund 3 1/2 Milliarden. Die gleiche Summe würde etwa in den
Ländern und in den Gemeinden benötigt werden. Zur
Deckung dieses Bedarfs wird sich das Reich entschließen
müssen, unangenehm bestehende Steuern zu erhöhen und neue
Steuern oder Gebühren einzuführen. Soweit sich bisher
überdienen läßt, wird eine Erhöhung der Post- und Eisen-
bahntarife nicht zu umgehen sein; auch muß eine starke Her-
anziehung des Zuckers, der anderen Südstoffe und der Kohle
erzählt werden. Durch stärkere steuerliche Heranzie-
hung dieser Objekte wird es zweifellos gelingen, die dem
Reiche entstehenden Mehrausgaben zu decken.

Schwieriger liegen die Verhältnisse für die Länder und die
Gemeinden. Ihre Finanzlage ist ihnen im wesentlichen
durch das Reich genommen und sie sind schon jetzt zu einem
erheblichen Teile laum noch in der Lage, ihren Haushaltsplan
im Gleichgewicht zu halten. Die jeige Erhöhung der
Teuerungszuschläge trifft deswegen Länder und Gemeinden
schmer; sie haben einfach keine Möglichkeit, sich durch Er-
höhung neuer Steuerquellen Deckung zu verschaffen. Bei
dieser Sachlage ist kein anderer Ausweg gegeben, als der,
daß das Reich aus den von ihm beschlagene Steuern
aus der Länder und Gemeinden zur Deckung der jetzt
entstehenden Mehrausgaben spendet. Die Reichsregierung
ist bisher nur bereit, den Ländern, nicht aber auch den Ge-
meinden die Mehrkosten zu erstatten, die ihnen aus einer
Erhöhung der Teuerungszuschläge erwachsen. Sie will die
Verpflichtung hierzu zwar nicht gesetzlich festlegen, aber sie
will doch entsprechende Mittel in den Haushaltsplan ein-
stellen. Ueber die Form wird noch gesprochen werden können,
unbedingt aber wird verlangt werden müssen, daß auch die
den Gemeinden entstehenden Mehrkosten vom Reiche über-
nommen werden. Die Finanzlage der Gemeinden ist durch-
aus nicht schwieriger als die der Länder, und es würde
eine geradezu vorzuziehende Wirkung ausüben, wenn das Reich
hier seine Hilfe verweigern wollte. Nur zwei Möglichkeiten
sind in diesem Falle denkbar, die beide jedoch verhängnisvoll
sein würden. Entweder: die Gemeinden müssen es sich
mangels Deckung verlagern, ihren Beamten die gleichen
Teuerungszuschläge zu gewähren, wie sie Staatsbeamte er-
halten — dann wird eine ungeheure Verärmerung der Ge-
meindebeamten in ganz Deutschland die naturnotwendige
Folge sein. Oder: die Gemeinden entschließen sich ohne
Deckungsmöglichkeit die Gewährung dieser Teuerungszu-
schläge — dann führt diese Finanzwirtschaft für den größten
Teil der deutschen Gemeinden zum vollkommenen finanziellen
Zusammenbruch. Die Lage ist für die Gemeinden und für
die Gemeindebeamten so ernst, daß man von Reichsregierung
und Reichstag unbedingt erwarten muß, noch im letzten
Augenblick helfend eingzugreifen.

Die Kommunistenverhaftungen im Ruhrgebiet.

WIS, meldet aus W i n k e r: Wir hören zu den Durch-
suchungen und Festnahmen von führenden Persönlichkeiten
der kommunistischen Kampfgesellschaften, die im Industrie-
gebiet vorgenommen worden sind. Die Sichtung des Mate-
rials hat ergeben, daß in der letzten Zeit seitens der Kom-
munisten mit allen Mitteln an der Bollendung und
Aufstellung der Roten Armeen für die bevorstehende
Kriegsarbeit gearbeitet worden ist. Zur Führung waren
Stäbe zusammengestellt in Degetersdorf, woselbst
früher in der Arzenei tätig war. Die Zeitung für den Bezirk
Wittenbüsch hat die militärische Organisation
mit dem Signieren. Als Führer waren neben anderen
bestimmt: Bergmann Schöner und Volksführer Ober-
leutnant D. A. D. Kailer aus Ess. Die Organisation erstreckt
sich, soweit der Bezirk untersteht, auf den gesamten
in Frage kommt, weit über das Industriegebiet
hinaus. Die Mitglieder gehören sämtlich der Vereinigten
Kommunistischen Partei an, die als Partei selbst maß-

gebenden Einfluß auf die Kampforganisation ausübt. Es
wurden gefunden sämtliche Schusswaffen der
letzten Zeit von den hauptsächlich im Bereiche kommenden
Stellen, militärische Erkennungszeichen, eine große Menge
von Soldbüchern, Verwundungspläne, Kampforganisation,
Generalstabskarten u. a. m.

Die Ablieferung der Milchkuhe.

Berlin, 21. Januar. Der Reichsregierung sind aus allen
Teilen des Reichs von den verschiedensten Behörden, Körper-
schaften, Vereinigungen und Gemeindeverordnungen Protest-
erklärungen gegen die Ablieferung von Milchkuhen und
tragenden Tieren an die Entente in so großer Zahl zuge-
gangen, daß eine Einzelbeantwortung unmöglich ist. Die
Erklärungen geben übereinstimmend ihre ungenügende
Sorge und Befürchtung Ausdruck, die im ganzen deutschen Reiche
einstimmig gefühlt wird, besonders aber seitens der Entente
angemeldet haben. Insbesondere werden die Gefahren hervor-
gehoben, die für die Gesundheit des Volkes aus der Ablie-
ferung von Milchkuhen und tragenden Tieren zu erwarten
sind. Die Reichsregierung teilt durchaus die in den Erklärungen
niedergelegte Auffassung; sie hält es für ihre höchste Pflicht,
alles zu tun, um das deutsche Volk vor den drohenden Ge-
fahren zu bewahren.

In den Verhandlungen, die in Paris nach der Reparations-
Kommission über diese Viehablieferung stattgefunden haben,
hat die Deutsche Regierung durch eine Fachkommission, der
maßgebliche Sachverständige aus dem Gebiete der Landwirtschaft,
Volkswirtschaft und Volksgesundheitspflege angehören
in nachdrücklicher Weise in mehrfacher Hinsicht die
deutschen Interessen vertreten. Wenn die Deutsche Regierung
am Ende der sachlichen Verhandlungen sich hat entschließen
müssen, einem vorläufigen der Öffentlichkeit mitgeteilten
Abkommen zuzustimmen, das die endgültige Entscheidung
über die Frage zeitlich zurückstellt, so war sie dabei von der
Ueberzeugung geleitet, daß nach Lage der Verhältnisse ein
räumliches Ergebnis derzeit ausgeschlossen sei. Das vor-
läufige Abkommen verlangt von dem deutschen Volke schwere
Opfer. Es liegt im allgemeinen Interesse der Nation, dem
erhaltenen Verstand zu machen, das Opfer zu bringen.

Abbau der Einkommensteuer.

Der Reichsfinanzminister trägt sich, wie die
Zentrums-Parlamentskorrespondenz“ jetzt mitteilt, mit der
Entwerfung der Einkommen, namentlich der
niedrigsten Einkommen der Arbeiter, Beamten- und
Angestelltenklasse Rechnung zu tragen, mit dem Plan eines
zeitgemäßen Abbaues der Einkommensteuer.
Einzelheiten über die Absichten der Regierung könnten zur
Zeit noch nicht mitgeteilt werden.

Die industrielle Weltkrisis.

Die „Maadburgische Zeitung“ schreibt aus London:
Die durch die geringe Kaufkraft hervorgerufene Annullierung
von Geschäftsabgängen hat für die englische Industrie die
zurückgehende Arbeitslosigkeit dieses Jahres heraufbeschworen.
Von allen Seiten wird ein noch nie da-
gewesener Stillstand der industriellen Tätig-
keit gemeldet, der zu einem erheblichen Anwachsen der
Arbeitslosigkeit führen muß. Anderthalb Millionen Arbeiter sind
erwerbslos, und ebenfalls arbeiten mit veringertem Lohn.
Also sind gut drei Millionen englischer Arbeiter
nach und nach auf den Hungerstand gelangt. In den
Industriebezirken, in denen die gleiche Lohnfala üblich ist,
sind die Löhne automatisch um 10 u. S. gesunken, und nur in seltenen
Fällen haben sich die Arbeiter nicht in diese Vorkommnisse
gefügt.

Das Organ der Labour Party, der Daily Herald, be-
schuldigt Amerika, eine die ganze Welt umfassende Ver-
schwörung angezettelt zu haben, in der Absicht, die Arbeiter ihres
Verdienstes zu berauben und sie in ihrer Lebensweise zurückzu-
werfen. Die Kapitalisten in den Ländern der Entente fänden,
daß der Krieg, statt gefährliche Wettbewerber zu vernichten, nur
dazu geführt habe, ihre eigenen Kräfte zu vergrößern.
Die Umstände, die die Krise herbeigeführt
hätten, seien die folgenden: Die Preise im Kohlenexport liegen
hoch infolge der Einfuhr aus den Vereinigten Staaten und der
Zunahme der deutschen Kohlenlieferungen nach Frankreich nicht
mehr aufzuhalten. Sie seien um 50 Prozent gestiegen. Im
Nachhinein sei ein Stillstand eingetreten. Frankreich unterziehe
die englischen Baumwollspinnereien und die auf dem Kontinent um
20 Prozent.

Was der Daily Herald gegen Amerika sagt, ist psychologisch
nicht uninteressant. Die Erkenntnis, daß ein Amerika der
schonende Ruchstieger der europäischen Selbstzerstörung ist, scheint
sich auch in den englischen Arbeitervörstellungen festgesetzt zu haben.
Daß es seine erste auch noch bei weitem nicht in den Scheuren
hat, beweisen allerdings die zunehmenden Meinungen über Ab-
kündigung in der amerikanischen Industrie zur Gewisse. Wichtiger
ist das Zugeständnis des Arbeiterkreises, daß der Krieg und seine
„Fortsetzung mit anderen Mitteln“ sich als das schädlichste Geschäft
erweisen hat. In England ist man sich längst darüber genau so
klar wie bei uns, nur daß es dort im Bewußtsein des höchsten Ge-
wissens und wegen der Furcht der Kriegstreiber, ihren Satz
„business as usual“ beweisen zu müssen, nur vereinzelt und
jögend ausgeprochen wird. Wir haben an sich keinen Anlaß,
uns über die Rolle der Entente zu freuen. Wenn
Schadenfreude auch die letzte Freude ist, und wir fast ein Recht
darauf hätten, so müßte sie nur von kurzer Dauer, so die Rück-

wirkungen der Weltkrisis auf unser Wirtschaftsleben nicht
ausbleiben werden und sich in ihren Anfängen schon zeigen. Das
eine Gute aber hat die Sache: die Macht der Entente läßt
sich auf die Dauer nicht behaupten. Man muß auch noch
eine Weile leiden, mit Anti-Dumpinggesetzen und ähnlichen
Mitteln das Behnhalten zu können, auf die Dauer wird auch
das nicht gelingen. Und dann wird man in der höchsten Not zu
dem einzigen Mittel greifen, was dann noch übrig bleibt: zu der
Erklärung Europas von den widerwärtigen
Fesseln der „Friedens“-Verträge!

Wilson's Ansicht.

Einer Neutermine aus Washington zufolge erklärte
Wilson vor dem landwirtschaftlichen Ausschuss des ameri-
kanischen Repräsentantenhauses: Die einzige Lösung der augen-
blicklichen Depression in den Vereinigten Staaten und der
ganzen Welt ist die Gewährung von Krediten an die be-
dürftigen Länder Europas und nicht unmittelbar durch die
Regierung, sondern durch die Bildung von Bankgruppen für
die Finanzierung des Ausfuhrhandels und durch eine private
Kreditmaßnahme.

Das Staatsdepartement hat der Ansicht Ausdruck ge-
geben, daß von den alliierten Mächten keine Maßnahme zur
Linderung der bedrohlichen Lage in Oesterreich getroffen werden
könne, ohne vorherige Beratung mit den Vereinigten Staaten
Wisher ist nicht bekannt, in wie weit die Vereinigten Staaten
bereit sind, sich an dem Plan zur Unterstützung Oesterreichs
zu beteiligen.

Reichsgemeinschaft deutscher Kleinbauern Siedler und Pächter.

Der Deutsche Bauernbund und eine Reihe von Siedlungs-
Kleinbauern- und Pächtervereinen hatten gestern zu einer
Versammlung im Reichstag eingeladen. Nach einem Vor-
trag des demokratischen Bauernführers, Abg. Dr. Köhne,
wurde in der sehr hart beleuchteten Versammlung eine Reichs-
gemeinschaft gebildet, dessen Vorsitz für den nächsten Monat
dem Deutschen Bauernbunde (Berlin, Hindenburgstr. 11) über-
tragen wurde. Die Versammlung wählte eine Reihe demokratischer Abge-
ordneter, wie Minister Dietrich-Baden, Johannsen, Küll,
Jegler, Ertelens, Heile, Reichsbau, Piefer, der frühere
braunschweigische Minister Körneburg als Vertreter des
deutsch-deutschen Verbandes, hat ferner der frühere demo-
kratische Abg. Badgorth die Werte und Damajste. Aus den
Reden, die die Vertreter der verschiedenen Landesstellen
hielten, ergab sich klar, daß die Klagen, die gegen die Ver-
schärfung und die Sabotierung der inneren Kolonisation,
namentlich auch in der Haushaltsausführung des Reichstages
erhoben worden sind, vollkommen berechtigt waren. Auch die
Kleinbauern über die Kosten der Ernährung vorläufig kein
man hört, daß die Pächterhörsagen um 500 Prozent, wie sie z. B.
der Großherzog von Oldenburg verlangt, keine Selbstmord-
tat sind. Pächterhörsagen, die natürlich die Volksernährung
unmöglich verteuern müssen. Wie der Siedlung entgegen-
gerichtet wird, beweist die Teuerung eines Kulturmar-
torfheims namens Karstedt in Oberhessen, der ruhig er-
klärt, er sei ein Gegner der Siedlung. Gerade in Ober-
hessen ist das bedauerlich. Dort ist noch nicht zu wissen, wie
die Bauern durch die Umkehrung des Grundbesitzes der
Steinrich Bauernbetriebe um ihr Land gebracht worden
sind, und nach Mitteilung des Vertreters des Schließlichen
Kleinbauernbundes finden die polnischen Agraranten, die die
sehr radikale polnische Agrarvergebung liebten, rauhden
Beifall, da der sächsische Großgrundbesitz sich weigert,
Land abzugeben. Er gefährdet damit also die obersteinstliche
Abstimmung.

Zur Beendigung der Abwidlung.

Die Abwidlung der alten Wehrmacht wird am 31. März
1921 beendet; die Abwidlungsbehörden werden zu diesem
Zeitpunkt aufgelöst. Dies zwingt dazu, die Abwidlungs-
behörde von allem Unnötigen zu entlasten und alle Kräfte
auf die wichtigen Aufgabengebiete zu konzentrieren. Die weit-
gehendste Dezentralisation der Geschäfte auf die provinziellen
Abwidlungsstellen (Abwidlungsintendanturen) und deren
erhöhten Vertretungsorganen ist schnellst möglich aber auch end-
gültig herbeizuführen durch eine Verfügung zu ermöglichen. Es
bleiben noch als wichtige Aufgabe die Geschäfte der Abwidlung
bei vorgelegten Dienststellen (Sperreabwidlungsämtern,
Marineabwidlungsamt, Sperreabwidlungsamt - Hauptamt,
Reichsabwidlungsamt und Reichsfinanzministerium) und ab-
antwortet. Ebenso ist Anweisung gegeben, daß die höchst
wichtigen persönlichen Vermögens und Befehle von den
Chefs der Abwidlungsbehörden zurückgemeldet werden. Bei
Reinräumung der Ausfuhrkontrolle nach der Abgeltungsverord-
nung vom 4. 12. 19 werden Anträge grundsätzlich nicht bear-
beitet.

Bei diesen Maßnahmen, die von allgemeinem Interesse
aus differtiert sind, rechnet die Reichsfinanzverwaltung auf die
Unterstützung aller Behörden, der Abgeordneten und Länder-
vertreter, der Kreise und ganz besonders auf die Einigkeit des
Einigens, der Vereine und Verbände. In Form und Art
nicht zugehende Entscheidungen bitten die Reichsfinanzver-
waltung mit der besten Ueberlegung der Abwidlungs-
dienststellen, deren Personal nur noch zum allergeringsten
Teil aus dem alten Stammpersonal besteht, ohne Empfind-
lichkeit hinzunehmen in der Ueberzeugung, daß es letztendlich
in der Absicht der Behörden liegt, zu franten, sondern unter
Beachtung der privaten und allgemeinen Interessen ist
gemäß der Abwidlung zu beenden.

Kurs der Berliner Börse vom 21. Januar.

(Mit 1 Uhr feinsten Kursen und vollständigen Verlagskursen.)

Bankdiskont:

London 100,00 99,50 99,00
Paris 100,00 99,50 99,00
Frankfurt 100,00 99,50 99,00

Devisenkurs:

London 100,00 99,50 99,00
Paris 100,00 99,50 99,00
Frankfurt 100,00 99,50 99,00

Deutsche Anleihen:

1870er 100,00 99,50 99,00
1875er 100,00 99,50 99,00
1880er 100,00 99,50 99,00

Städteanleihen:

Berlin 100,00 99,50 99,00
Hamburg 100,00 99,50 99,00
Köln 100,00 99,50 99,00

Preuß. Pfandbriefe:

1. Hypothek 100,00 99,50 99,00
2. Hypothek 100,00 99,50 99,00
3. Hypothek 100,00 99,50 99,00

Losanleihen:

1870er 100,00 99,50 99,00
1875er 100,00 99,50 99,00
1880er 100,00 99,50 99,00

Anstalt. Anleihen:

Berlin 100,00 99,50 99,00
Hamburg 100,00 99,50 99,00
Köln 100,00 99,50 99,00

Bank-Aktion:

Bank für Sozialwesen 100,00 99,50 99,00
Deutsche Bank 100,00 99,50 99,00
Commerzbank 100,00 99,50 99,00

Industrie-Obligationen:

1. Hypothek 100,00 99,50 99,00
2. Hypothek 100,00 99,50 99,00
3. Hypothek 100,00 99,50 99,00

Schiff-Aktion:

1. Hypothek 100,00 99,50 99,00
2. Hypothek 100,00 99,50 99,00
3. Hypothek 100,00 99,50 99,00

Industrie-Obligationen:

1. Hypothek 100,00 99,50 99,00
2. Hypothek 100,00 99,50 99,00
3. Hypothek 100,00 99,50 99,00

Schiff-Aktion:

1. Hypothek 100,00 99,50 99,00
2. Hypothek 100,00 99,50 99,00
3. Hypothek 100,00 99,50 99,00

Industrie-Obligationen:

1. Hypothek 100,00 99,50 99,00
2. Hypothek 100,00 99,50 99,00
3. Hypothek 100,00 99,50 99,00

Schiff-Aktion:

1. Hypothek 100,00 99,50 99,00
2. Hypothek 100,00 99,50 99,00
3. Hypothek 100,00 99,50 99,00

Industrie-Obligationen:

1. Hypothek 100,00 99,50 99,00
2. Hypothek 100,00 99,50 99,00
3. Hypothek 100,00 99,50 99,00

Schiff-Aktion:

1. Hypothek 100,00 99,50 99,00
2. Hypothek 100,00 99,50 99,00
3. Hypothek 100,00 99,50 99,00

Industrie-Obligationen:

1. Hypothek 100,00 99,50 99,00
2. Hypothek 100,00 99,50 99,00
3. Hypothek 100,00 99,50 99,00

Schiff-Aktion:

1. Hypothek 100,00 99,50 99,00
2. Hypothek 100,00 99,50 99,00
3. Hypothek 100,00 99,50 99,00

Die Börse vor dem Aufbruch...

Main table containing various market data, including bond prices, interest rates, and exchange rates. It is organized into multiple columns and rows, with sub-sections like 'Bankdiskont', 'Devisenkurs', 'Deutsche Anleihen', etc.

Vertical text on the right margin, possibly a continuation of the main article or a separate column.